

Geschäftsstelle des „Sächsischen Erzählers“ zur Verfügung gestellt.

Dresden, Ostern 1912.

Landesverband Sachsen  
des Deutschen Luftflotten-Bereins.  
Stadttrat Dr. Hoff, Vorsitzender.  
Oberbürgermeister Geheimrat Dr. iur. und  
Dr. ing. Deutler.

### Vom sächsischen Landtage.

Im „Vogl. Anzeiger“ widmet der konf. Abgeordnete Geh. Hofrat Pütz-Treuen dem gegenwärtigen Landtage, dem zweiten seit der Änderung, die die Zweite Kammer in ihrer Zusammensetzung nach dem neuen Wahlgesetz erfahren hat, bemerkenswerte Ausführungen. Bekanntlich hat der Liberalismus dem Lande den Anbruch einer anderen Ära unter liberaler Führung angekündigt; einer Ära, die für unser engeres Vaterland eine völlig neue und selbstverständlich auf allen Gebieten glänzendere Entwicklung in sich schließen sollte.

Über diese „neue Ära“ des Liberalismus und deren Wirkung auf die vaterländischen Verhältnisse stellt nun der genannte Parlamentarier Betrachtungen an, denen wir folgendes entnehmen:

„Schon im letztvergangenen Landtage wurde es alsbald klar, daß der Liberalismus alles andere als die Kraft besaß, für die vaterländischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in irgendwelchem wesentlicheren Punkte ein wirklich neues Zeitalter heraufzuführen. So schonungslos er seit der Auflösung des Kartells im Verein mit der Sozialdemokratie am Wesen und den Leistungen des Konservatismus Kritik geübt, so unfähig erwies er sich, nun da es galt, den Beweis seiner reformatorischen Kraft zu erbringen, darin, auf irgendwelchem wichtigeren politischen oder sozialen Gebiet an Stelle der unter dem Konservatismus maßgebenden, so vielfachmachten Grundsätze tatsächlich neue aufzustellen.“

„Dieses Bild des Unvermögens des Liberalismus, die volltönenden Versprechungen zu erfüllen, die er durch sein Auftreten bei den Wahlen und vorher erregt, hat aber der gegenwärtige Landtag nur noch vervollständigt. Auch auf diesem Landtage nirgends eine Spur von tatsächlich neuen bahnbrechenden oder solchen Gedanken, die die konservative Ära in den Schatten stellen könnten. Wohl aber rückt die Gefahr, die bisherige glänzende Entwicklung der vaterländischen Verhältnisse durch liberale Theorien in Frage zu stellen und zu erschweren, immer näher. Insbesondere gilt das letztere im Hinblick auf die fernere industrielle Entwicklung unseres Landes. Wie jetzt im Reichstage, aus dem das industrielle Unternehmertum infolge der letzten Wahlen, dank namentlich der Agitation des Hansabundes, fast völlig verschwunden ist, ist ja auch im sächsischen Landtage die Zahl der industriellen Unternehmer infolge der Agitation des Linksliberalismus stark zusammengeschnitten, und zwar in demselben Maße zusammengeschnitten, in dem die Vertreter der unternehmerfeindlichen Sozialdemokratie sich vermehrt haben. Namentlich ist es jener fast an Fanatismus grenzenden Agitation des Linksliberalismus gelungen, die der konservativen Partei angehörigen Industriellen aus der Kammer zu entfernen. Die Wirkungen hiervon machen sich freilich schon gegenwärtig nur allzu empfindlich geltend. Besonders deutlich treten sie namentlich bei der Behandlung der für die Industrie so überaus wichtigen Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hervor. Abgelesen davon, daß die Lösung dieser Frage durch die leidenschaftliche Gegnerenschaft der sozialdemokratischen Vertreter aufs äußerste erschwert wird, stehen die wenigen industriellen Unternehmer, die die Kammer in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung noch aufweist, sichtlich allzusehr unter dem Druck der Verhältnisse, als daß sie mit der Entscheidung auftraten, die das fernere Gedeihen der vaterländischen Industrie erheischt. In der Hauptsache konservative, der Industrie nicht angehörige Mitglieder der Kammer sind es, die unter solchen Umständen das mit dieser Frage verbundene Odium im Landtag auf sich genommen haben und mutvoll für die Interessen der Industrie eintreten. Ähnlich liegt's auch auf anderen Gebieten, auf die einzugehen wir uns bei dieser Gelegenheit versagen müssen.“

Alles in allem genommen, ist die geschilderte Entwicklung der Zustände im Landtag für den Beobachter der vaterländischen Verhältnisse in verschiedenen Beziehungen äußerst lehrreich. Sie beweist zunächst, daß durch die Demokratisierung des Wahlrechts für die Zweite Kammer die Hoffnungen nicht erfüllt worden sind, die der Linksliberalismus für die Ausübung und Zurückdrängung der Sozialdemokratie in sie gesetzt hatte.

Durch diese Entwicklung wird die in allen Tonarten verkündete Behauptung des Linksliberalismus in schlagender Weise widerlegt, daß die konservative Regierungsform sich in Sachsen überlebt habe. Im Gegenteil hat sich gerade durch diese Entwicklung in besonders deutlicher Weise herausgestellt, daß kein Land weniger als Sachsen das Experimentieren mit liberalen Grundsätzen vertragen, und damit nur die von uns stets vertretene Annahme, daß ein industrielles Land wie Sachsen nur unter einer konservativen Regierungsform gedeihen kann, von neuem bestätigt. Endlich ist dadurch, daß der Liberalismus sich völlig außerstand erwies, in politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Beziehung neue Grundsätze aufzustellen, auch er sich vielmehr entschließen mußte, der Regierung auf den bisherigen bewährten Bahnen zu folgen, in ebenso schlagender Weise der Beweis geführt worden, daß die Grundsätze des Konservatismus, die für die Verwaltung der vaterländischen Angelegenheiten von jeher maßgebend gewesen und sich in fast einziger Art segensreich erwiesen haben, tatsächlich auf allen Gebieten Grundsätze wahren Fortschritts und gesunder organischer Weiterentwicklung bilden.“

Pütz schließt seinen Artikel mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Dinge infolge des Wiedererstartens der rechtsstehenden Elemente in der nationalliberalen Partei und fügt an, daß es sicher nicht an der konservativen Partei liege, wenn diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen sollten.

### Der Freisinn als Vorfrucht der Sozialdemokratie.

Von einer Rede, die der Genosse Scheidemann kürzlich in Paris gehalten hat, werden in der Presse Äußerungen mitgeteilt, an denen wir nicht ganz vorübergehen möchten. Herr Scheidemann soll danach in bezug auf die böhschen Verpflichtungen eines Reichstagspräsidenten gesagt haben, gewisse Formen seien für ihn nur Zwiangsäden; aber er würde nicht dorthin gehen, wo er nicht als Gleichberechtigter unbedingte Redefreiheit habe, sondern dabei stehen und „das Maul halten“ müsse. Weiterhin hat Herr Scheidemann nicht nur seinem Ärger über den „Umfall“ der Nationalliberalen in der Präsidentschaftsfrage gegeben, sondern zugleich auch dem Freisinn eine gute Note wegen seiner Haltung erteilt: Die Haltung des Freisinns sei in den letzten Monaten ganz erfreulich gewesen. Befreit von Männern wie Fischerhoff und Mugdan habe diese Partei „eine kaum geahnte Wandlung vorgenommen“ und sich besonders bei der Präsidentschaftsfrage als „durchaus vertragsstreu und tapfer“ bewiesen. Die Sozialdemokratie habe das größte Interesse an einer solchen Partei; wo diese vorgearbeitet habe, brauche die Sozialdemokratie nicht so viel Zeit zu vergeuden.

Hier hat also ein vom Freisinn besonders geschätzter Genosse dieser Partei das gleiche Zeugnis gegeben, das ihr bekanntlich bereits Fürst Bismarck vor Jahrzehnten ausgestellt hat: daß sie nichts anderes als eine Vorfrucht der Sozialdemokratie sei. Nur ist der Freisinn bei seinem gegenwärtigen Bündnisse mit der Umsturzpartei das natürlich noch in weit höherem Maße als zu Bismarcks Zeiten.

### Politische Übersicht. Deutsches Reich.

Die aus Anlaß der Kaisermanöver Anfang September stattfindende große Parade des 3. Armeekorps wird gemeinsam mit der Herbstparade des Gardekorps auf dem Tempelhofer Felde abgehalten werden.

Die Kaiserin wird, wie nunmehr feststeht, nach Beendigung ihrer Rauheimer Kur für einige Tage nach Bad Somburg v. d. S. übersiedeln. Auch der Kaiser wird dort für einige Tage erwartet.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg trifft am Sonnabend, von Korfu zurückkommend, in München ein und wird dem Prinzregenten einen kurzen Besuch abstatten und dann über Frankfurt nach Bad Nauheim fahren, um die hier weilende Kaiserin zu begrüßen. Am Montag erfolgt die Rückreise nach Berlin.

In aller nächster Zeit ist eine Abänderung der Prüfungsordnung für Einjährig-Freiwillige zu erwarten. Es handelt sich dabei um die Schüler von neunklassigen Mittelschulen, denen mit Genehmigung der Ersatzbehörden die Erlaubnis erteilt werden soll zur Ablegung der Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst vor einer Prüfungskommission schon vor Vollendung des 17. Lebensjahres. Nach den bisher geltenden Be-

stimmungen der Behörde kann das Examen zur Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Dienst vor einer Kommission erst nach vollendetem 17. Lebensjahr abgelegt werden. Vielen, die mit dem vollendeten 15. Lebensjahr die Schule verlassen haben und in einem praktischen Beruf stehen, ist so die Möglichkeit zur Ablegung des Examins benommen. Wenn jedoch die Schüler in der Lage sind, die Prüfung in unmittelbarem Anschluß an die Schule abzulegen, würde die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst in weit höherem Maße erworben werden. Die Änderung liegt auch im Interesse der höheren Schulen, die entlastet werden dürften, wie auch der Entwicklung der Mittelschulen. Die Neuregelung soll dahin gehen, daß die Ablegung des Examins vor vollendetem 17. Lebensjahr solchen Schülern von neunklassigen Mittelschulen gestattet ist, die diese mit Erfolg bis zum Schluß besucht und während dieser Schulzeit sich am Unterricht in einer zweiten Fremdsprache beteiligt haben. Der Erlaß soll so rechtzeitig erfolgen, daß die Schüler, die zu Ostern die Mittelschule verlassen haben, noch in diesem Frühjahr zur Prüfung zugelassen werden können.

Staatliche Mittel für landwirtschaftliche Arbeitsnachweise. Als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaftsverhältnisse ist die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen für inländische Arbeiter zu betrachten, da diese nicht nur der eigentlichen Arbeitsvermittlung, sondern auch der Bekämpfung der Landflucht, insbesondere auch durch Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, dienen. Trotz mehrfacher Anträge an die preussische Staatsregierung wurden bisher nur die kommunalen Arbeitsnachweise staatlich unterstützt, was nicht mit Unrecht als eine Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Interessen empfunden wurde. Wie wir hören, soll in Zukunft mit dem bisherigen Prinzip der alleinigen Unterstützung der kommunalen Arbeitsnachweise gebrochen werden. Es kann erwartet werden, daß der nächstjährige Staatshaushalt besondere Mittel für die Unterstützung landwirtschaftlicher Arbeitsnachweise enthalten wird.

Wir sind nicht in Frankreich. In der französischen Republik herrscht bekanntlich der Unfug, daß fast jeder Abgeordnete den Ministern das Haus einläßt, um für seine Wähler bald diese, bald jene Begünstigung herauszuschlagen; eine gar nicht scharf genug zu verurteilende Unsitte. In Düren und Reumkirchen (Rheinland) wurde jetzt die Nachricht, daß diesen Orten eine Garnison bewilligt worden ist, in einer Form veröffentlicht, als ob die Städte vornehmlich der Fürsprache des Herrn Bassermann ihre Berücksichtigung verdankten. Eine derartige Reklame kann niemand unangenehmer sein, als dem nationalliberalen Führer selbst. Denn das Kriegsministerium hat, wie es ausdrücklich durch die Presse betont, seine Entschliebung aus rein sachlichen Erwägungen gefaßt und vertahrt sich dagegen, daß es politische Gesichtspunkte in das Meer und seine Organisation hineinlege.

Sozialdemokratische Kameradschaft. In seiner Nummer 13 vom 29. März 1912 bringt „Der Regulator“, das Organ des Girsch-Dunderschen Gewerkvereins der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter, unter der Überschrift: „Beschafft Material für die Schorfmacherei“ ein vortreffliches Beispiel für den struppelosen Terror der freien Gewerkschaften. Danach hatte ein Mitglied des Gewerkvereins in einer neugegründeten Fabrik in Wettenshausen bei Kassel Arbeit gefunden; als es sich nun herausstellte, daß dieser Arbeiter nicht den freien Gewerkschaften angehörte, begannen die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sofort mit ihren „Berührungsversuchen“. Wörtlich schreibt „Der Regulator“: „Bei der Arbeit wurde ihm so gehalten, daß er alles schief schneiden mußte. Sein Werkzeug kam ihm stets weg, in den Werkstattversammlungen verfolgte dies die Beamten des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Als dieses alles noch nicht half, so fest hielt der Kollege zu seinem ihm lieb gewordenen Gewerkverein, erklärten ihm die Verbändler: „Wenn Du jetzt nicht zu uns übertrittst, dann werden wir vorstellig, daß Du entlassen wirst.“ Durch die fortgesetzte Schikanierung wurde gemacht und der Gefaßte ausgefetzt, arbeitslos zu werden, trat der Kollege endlich zum Metallarbeiterverband über.“ — Immer daselbe, — die Partei für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Glorienschein des blutigen und erbarmungslosen Terrorismus! „Und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag' ich die den Schädel ein.“

Wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter Streikbrecher wurde, darüber läßt sich der „Berl. Vol.-Anz.“ folgende niedliche Geschichte aus Gotha